Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2175

22. 08. 95

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Schönberger, Dr. Helmut Lippelt, Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/309 –

Nichtbewilligung des EBRD-Kredites für den Weiterbau des Atomkraftwerkes Mochovce/Slowakei

b) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/975 –

Nichtbewilligung von Krediten für den Weiterbau des Atomkraftwerkes Mochovce in der Slowakischen Republik

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Schönberger, Dr. Helmut Lippelt, Halo Saibold, Michaele Husted und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/738 –

Nichtbewilligung des EBRD-Kredites für den Weiterbau des Atomkraftwerkes Mochovce/Slowakei

d) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Köhne, Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS
– Drucksache 13/656 –

Kreditbewilligung für die Fertigstellung des Atomkraftwerkes Mochovce (Slowakische Republik)

A. Problem

Mit den Anträgen soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den deutschen Direktor bei der Osteuropa-Bank anzuweisen, gegen die Bewilligung des Kredits für den Weiterbau des Kernkraftwerks Mochovce/Slowakei zu stimmen.

B. Lösung

a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 –

Erledigterklärung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuß.

b) Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 –

Ablehnung des Antrags.

Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS.

c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 –

Ablehnung des Antrags.

Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

d) Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 –

Ablehnung des Antrags.

Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme eines der in Rede stehenden Anträge.

D. Kosten

Keine.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 – für erledigt zu erklären,
2. den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 – abzulehnen,
3. den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 – abzulehnen,
4. den Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 – abzulehnen.

Bonn, den 28. Juni 1995

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele	**Detlef von Larcher**	**Wolfgang Steiger**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Detlef von Larcher und Wolfgang Steiger

I. Verfahrensablauf

a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 –

Der Antrag wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 15. März 1995 zu dem Antrag votiert. Der Finanzausschuß hat die Vorlage am 8. und 15. März 1995 behandelt.

b) Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 –

Der Antrag wurde in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 1. Juni 1995 zu dem Antrag votiert. Der Finanzausschuß hat die Vorlage am 28. Juni 1995 behandelt.

c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 –

Der Antrag wurde ebenfalls in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. März 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat sich am 15. März 1995 mit der Vorlage befaßt. Der Finanzausschuß hat sie am 15. März 1995 und am 28. Juni 1995 behandelt.

d) Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 –

Der Antrag wurde auch in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. März 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 15. März 1995 zu der Vorlage Stellung genommen. Der Finanzausschuß hat sie am 15. März 1995 und am 28. Juni 1995 beraten.

II. Inhalt der Vorlagen

a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 –

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) anzuweisen, gegen die Bewilligung des geplanten Kredits der EBRD für den Weiterbau des Kernkraftwerks Mochovce/Slowakei zu stimmen.

Zur Begründung des Antrags führt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, daß die EBRD verpflichtet sei, bei ihren Aktivitäten eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung zu fördern, der vorgesehene Weiterbau des Kernkraftwerks Mochovce aber zu einer vielfachen ökonomischen und ökologischen Belastung der Slowakei führen werde. Die in Mochovce geplante Kombination eines alten sowjetischen Reaktortyps mit westlichen Steuerungssystemen beinhalte ein hohes Sicherheitsrisiko, zumal für das genannte Kernkraftwerk keine zweite Hülle geplant und es auch nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt sei. Zudem stehe das Kernkraftwerk in einer Erdbebenzone. Die nachhaltige Entwicklung einer umweltverträglichen Energieversorgung in der Slowakei werde mit dem beabsichtigten Kredit somit nicht gefördert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, daß erhebliche Einsparpotentiale mit wesentlich geringeren Mitteln, als für den Weiterbau des Kernkraftwerks vorgesehen, realisiert werden könnten.

b) Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 –

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern,

- sich gegen eine Vergabe von öffentlichen Krediten für die Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakischen Republik auszusprechen und in allen relevanten Gremien der EU in diesem Sinne tätig zu werden,
- den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) anzuweisen, gegen die Bewilligung des Kredits für den Weiterbau von Mochovce zu stimmen,
- die Slowakische Republik bei der Entwicklung von Alternativen zur Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce zu unterstützen.

Eine Studie der Weltbank komme zu dem Ergebnis, daß eine konsequente Energiesparstrategie billiger als die Nachrüstung vorhandener und der Zubau neuer Kernkraftwerke sei. Dies zeige, daß eine Energiesparstrategie die ökonomischste Perspektive auch für die Slowakische Republik sei.

c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 –

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wie-

deraufbau und Entwicklung (EBRD) bis zum 21. März 1995 anzuweisen, gegen die Bewilligung des Kredits für den Weiterbau von Mochovce zu stimmen. Hinsichtlich der Antragsbegründung wird auf Buchstabe a verwiesen. Auf die ursprünglich vorgesehene Befristung im Hinblick auf die Anweisung des deutschen Direktors der EBRD ist seitens der Antragstellerin in der Ausschußberatung verzichtet worden.

d) Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 –

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) anzuweisen, der Vergabe eines Kredits zur beabsichtigten Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce nicht zuzustimmen.

Zur Begründung wird darauf verwiesen, das Atomkraftwerk Mochovce könne selbst mit allen denkbaren Nachrüstungsmaßnahmen nicht auf den gebotenen Stand von Wissenschaft und Technik gebracht werden. Daraus folge, daß die Fertigstellung und Inbetriebnahme des AKW Mochovce die Menschen in der Slowakischen Republik und in den angrenzenden Ländern einem nicht zu vertretenden Gesundheitsrisiko aussetzen würde.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 –

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag – Drucksache 13/309 – für erledigt erklärt.

b) Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 –

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage – Drucksache 13/975 – mehrheitlich abgelehnt.

c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 –

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag einschließlich folgender Ergänzung mit 19:18 Stimmen abgelehnt:

„Angesichts der widersprüchlichen Studien und Auffassungen auf internationaler Ebene bezüglich

- Sicherheitsstandard,
- Abschaltung von Bohunice,
- Least-Cost-Option

fordert der Ausschuß die Bundesregierung auf, sich dem von sieben EU-Staaten geforderten Aufschub einer EBRD-Entscheidung anzuschließen."

Die Fraktion der SPD hat in diesem Zusammenhang folgenden Antrag eingebracht:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen eine Vergabe von öffentlichen Krediten für die Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakischen Republik auszusprechen und in allen relevanten Gremien der Europäischen Union, insbesondere gegenüber der EU-Kommission, Euratom und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Europäischen Investitions-Bank, in diesem Sinne tätig zu werden.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, die Slowakische Republik bei der Entwicklung von Alternativen zur Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce zu unterstützen. Nach einer Studie der Weltbank ist eine konsequente Energiesparstrategie billiger als die Nachrüstung vorhandener und der Zubau neuer Kernkraftwerke. Wenn die Versorgungsstrukturen in Osteuropa auf westeuropäischen Standard gebracht werden, können mehr als 30 v. H. der bisher verschwendeten Energie eingespart werden mit entsprechenden Kostenentlastungen für die Beschaffung von Öl, Gas und Kohle. Nach internationalen Schätzungen liegt der Energieverbrauch in der Slowakei mit 6 t/Kopf knapp über dem deutschen Standard und gemessen am Bruttosozialprodukt mehr als doppelt so hoch. Dies zeigt, daß eine Energiesparstrategie die ökonomischste Perspektive auch für die Slowakei ist. Deshalb sollte die Bundesregierung in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, in der Europäischen Investitions-Bank und in anderen internationalen Finanzinstitutionen darauf hinwirken, daß in allen mittel- und osteuropäischen Staaten alternative Projekte zur Energieeinsparung gefördert werden. Insbesondere sind Joint Ventures mit der Weltbank zu vereinbaren."

Dieser Antrag ist vom Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mehrheitlich abgelehnt worden.

d) Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 –

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag – Drucksache 13/656 – bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

IV. Ausschußempfehlung

a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/309 –

Auch der federführende Finanzausschuß hat den Antrag – Drucksache 13/309 – einstimmig für erledigt erklärt.

b) Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/975 –

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

Die Fraktion der SPD hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine Energieeinsparstrategie gegenüber der Nachrüstung vorhandener bzw. dem Bau

neuer Kernkraftwerke äußerste Priorität eingeräumt werden solle.

Die Koalitionsfraktionen haben demgegenüber darauf verwiesen, daß die Bundesregierung die von der EBRD vorgelegten Projektunterlagen und Stellungnahmen von Experten habe überprüfen lassen, u. a. durch

- das Bundesamt für Strahlenschutz und die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, soweit es um Fragen der Sicherheit und Umweltverträglichkeit gehe,
- die Kreditanstalt für Wiederaufbau, soweit Fragen der Kostengünstigkeit und der Wirtschaftlichkeit („Least-Cost-Analyse") betroffen seien.

Die Ergebnisse dieser Überprüfungen seien den betroffenen Ressorts von den Experten am 13. März 1995 vorgestellt und mit ihnen erörtert worden. Dabei hätten sich insbesondere unter sicherheitstechnischen, umweltrelevanten, wirtschaftlichen und energiepolitischen Gesichtspunkten keine Bedenken gegen das Vorhaben ergeben. Die Bundesregierung habe hervorgehoben, daß sie stets auf eine strikte Einhaltung der EBRD-Prüfungskriterien geachtet habe. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß dies im vorliegenden Fall nicht erfüllt sei.

c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/738 –

Der Antrag – Drucksache 13/738 – ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden. Im Rahmen der Ausschußberatung ist der Antrag ergänzt worden, indem ihm folgende Formulierung vorangestellt worden ist:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen eine Vergabe von öffentlichen Krediten für die Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakischen Republik auszusprechen und in allen relevanten Gremien der Europäischen Union, insbesondere gegenüber der EU-Kommission, Euratom und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Europäischen Investitions-Bank, in diesem Sinne tätig zu werden."

Darüber hinaus ist auf die Befristung im Hinblick auf die Anweisung des deutschen Direktors der EBRD wegen zwischenzeitlichen Zeitablaufs verzichtet worden.

Die Ablehnung dieses veränderten Antrags durch die Koalitionsfraktionen basiert auf den Darlegungen der Bundesregierung gegenüber dem Finanzausschuß. Dabei hat die Bundesregierung ausgeführt, daß das Kernkraftwerk Mochovce nach Einschätzung westlicher Experten grundsätzlich auf einen akzeptablen Sicherheitsstandard nachrüstbar sei. Die EBRD prüfe das Vorhaben auf der Grundlage ihrer umfangreichen Prüfungsrichtlinien, wobei als Voraussetzungen für eine Kreditvergabe für dieses Projekt insbesondere folgende Anforderungen bestünden:

- Das Projekt müsse international anerkannte Sicherheitsstandards erfüllen. Seine Fertigstellung müsse mit der Stillegung eines risikoträchtigen Kernkraftwerks (älterer sowjetischer Bauart) verbunden sein.
- Zwingend vorgeschrieben sei die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich einer Beteiligung der Öffentlichkeit.
- Die Fertigstellung und sicherheitstechnische Nachrüstung von Mochovce müsse zur kostengünstigsten Art der Stromerzeugung führen („Least-Cost-Criteria").
- Es müsse wirtschaftliche Tragfähigkeit gegeben sein.

Bei den diesbezüglichen Prüfungen der EBRD, so die Bundesregierung, seien alle vorgesehenen Verfahren eingehalten worden, einschließlich der erforderlichen Frist von 70 Tagen für die Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere der interessierten Umweltschutzverbände. Aus den Prüfungsarbeiten hätten sich bislang keine Anhaltspunkte ergeben, die die Behauptung einer vielfachen ökonomischen und ökologischen Belastung der Slowakei belegen würden. Vielmehr solle das Engagement der EBRD für das Vorhaben in Mochovce die Fertigstellung dieses Kernkraftwerks gemäß international anerkannten Sicherheitsstandards gewährleisten und die Abschaltung der Blöcke eins und zwei des Kernkraftwerks Bohunice ermöglichen. Es werde also Ersatz für ein anderes, risikoreiches und als nicht nachrüstbar eingestuftes Grundlastkraftwerk älteren sowjetischen Typs geschaffen. Damit werde die kerntechnische Sicherheitsbilanz für die Slowakei erheblich verbessert, was auch im Interesse der Anrainerstaaten liege.

d) Antrag der Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/656 –

Die Abgeordneten der PDS haben gleichfalls einen Antrag – Drucksache 13/656 – eingebracht, den deutschen Direktor der EBRD anzuweisen, der Vergabe eines Kredits zur beabsichtigten Fertigstellung des Kernkraftwerks Mochovce nicht zuzustimmen. Dieser Antrag ist im Finanzausschuß behandelt und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden.

Bonn, den 28. Juni 1995

Detlef von Larcher **Wolfgang Steiger**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333